ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Brück, Christiane

Article — Published Version

Konjunkturschlaglicht: Budgetdefizite in den USA

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Brück, Christiane (2008) : Konjunkturschlaglicht: Budgetdefizite in den USA, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 88, Iss. 3, pp. 208-209, https://doi.org/10.1007/s10273-008-0777-7

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/43016

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

10.1007/s10273-008-0777-7

Konjunkturschlaglicht: Budgetdefizite in den USA

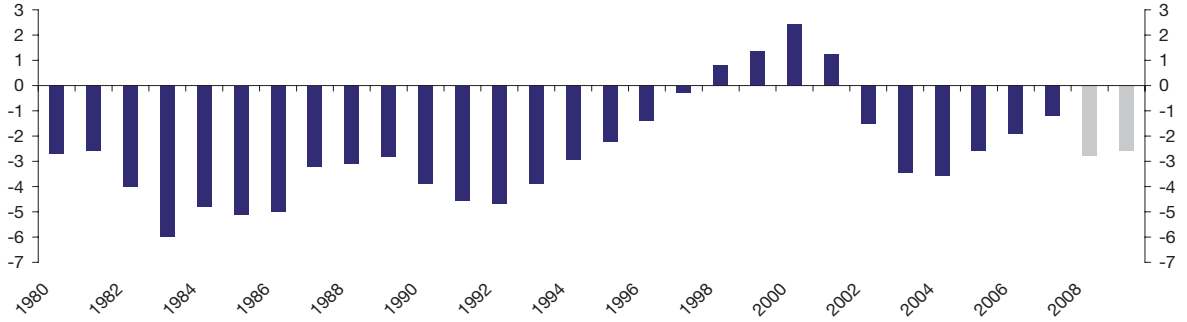
Der amerikanische Kongress hat ungewöhnlich schnell und mit minimalen Änderungen ein Maßnahmenpaket der Regierung in Höhe von 168 Mrd. Dollar zur kurzfristigen Ankurbelung der Konjunktur verabschiedet. Vor dem Hintergrund der sich verschlechternden wirtschaftlichen Stimmung waren Maßnahmen seitens der Politik in einem Wahljahr, in dem die Angst vor einer Rezession eines der großen Wahlkampfthemen ist, zu erwarten. Nicht zuletzt auch, nachdem sich schon die Zentralbank angesichts der schwachen Verfassung der Wirtschaft und unklarer Signale über den Fortgang der Immobilien- und Finanzkrise zu kräftigen Zinssenkungen veranlasst gesehen hatte. Der Fehlbetrag im Bundeshaushalt wird sich im laufenden Fiskaljahr damit nun auf etwa 400 Mrd. US-$ bzw. knapp 3% des BIP erhöhen, nachdem er im Vorjahr mit 163 Mrd. bei lediglich 1,2% des BIP gelegen hatte. Fast gleichzeitig mit dem Konjunkturpaket hat der scheidende amerikanische Präsident seinen letzten Haushaltsentwurf vorgestellt. Danach werden die Staatsausgaben 2009 die 3-Billionen-Dollar-Marke überschreiten, und es wird ein Haushaltsdefizit von abermals knapp 400 Mrd. US-$ erwartet.

Wenn auch keine der beiden Parteien im Wahljahr zum Rezessions-Buhmann werden möchte, so verwundern das Tempo der Einigung auf ein Konjunkturpaket und auch die vorerst recht verhaltenen kritischen Stimmen zur erneuten Höhe der Defizite ein wenig; war doch die Finanzpolitik von George W. Bush den Demokraten nach den haushaltspolitischen Erfolgen der Clinton-Regierung ein steter Anlass zu Kritik und Häme gewesen. Ein Grund für die seltene Einmütigkeit könnte neben der besonderen Wahlkampfsituation die Zusammensetzung des Paketes sein. So wurden nach den Erfahrungen mit einem ähnlichen Programm im Jahr 2001 diesmal auch solche Haushalte bedacht, die keine Einkommensteuer zahlen müssen. Bezieher von Jahreseinkommen in Höhe von mindestens 3000 US-$ erwartet ein Scheck über 300 US-$ (600 US-$ für Verheiratete), die meisten Steuerzahler können mit bis zu 600 US-$ (1200 US-$ für Verheiratete) rechnen. Zusätzlich werden 300 US-$ pro Kind ausgezahlt. Schließlich sollen diese Zahlungen noch im Frühjahr – und damit deutlich rascher als dies 2001 der Fall war – bei den Haushalten ankommen. Durch die stärkere Berücksichtigung der Einkommensbezieher mit der höchsten marginalen Konsumneigung erhofft man sich eine rasche Stabilisierung des Konsums, nachdem sich die Steuergutschriften 2001 zu einem großen Teil in einer temporären Erhöhung der Sparquote niedergeschlagen hatten.

In jedem Fall wird dieser Teil des Konjunkturpakets für sich genommen nach Schätzungen des Budgetbüros des Kongresses (Congressional Budget Office, CBO) den Fehlbetrag im Bundesdefizit für 2008 um rund 117 Mrd. US-$ erhöhen. Daneben verabschiedete der Kongress beschleunigte Abschreibungsmöglichkeiten für in diesem Jahr getätigte Ausrüstungsinvestitionen sowie generell erleichterte Abschreibungsbedingungen für Kleinunternehmen. Inwieweit sich dies tatsächlich in vermehrten Investitionen niederschlagen wird, dürfte davon abhängen, ob die Unternehmen angesichts der unsicheren Lage eine Investition grundsätzlich für rentabel erachten. Auch wenn es dabei zu Mitnahmeeffekten käme, wäre dies kurzfristig wohl durchaus im Sinne der Politiker. Immerhin rechnet das Congressional Budget Office weitere 51 Mrd. US-$ an Defiziterhöhung auf das Konto der Abschreibungsregelungen. Insgesamt ist der Umfang des Programms

Bundeshaushalt der USA

(Überschuss (+)/Fehlbetrag (-) in % des BIP; 2008 geschätzt, 2009 Prognose)



Quellen: Congressional Budget Office; Schätzung und Prognose des HWWI.

allerdings wohl zu gering, um einem spürbaren konjunkturellen Einbruch wirkungsvoll entgegenzuwirken.

Ein wesentlicher Grund für die Kooperationsbereitschaft der Demokraten könnte aber auch im Blick auf die Zeit nach dem November liegen. Schon zeichnet sich ab, dass die Demokraten im Falle eines Wahlsieges die hohen Defizite zum Anlass nehmen werden, die unter Bush jr. initiierten Steuererleichterungen auf keinen Fall dauerhaft zu gewähren, sondern sie vielmehr zurückzunehmen. Auch die von Bush für die mittlere Frist vorgesehene Reduzierung des Defizits vor allem über Einsparungen bei den staatlichen Krankenversicherungen für Bedürftige und Senioren sowie im Bildungssektor – während der Verteidigungsetat wieder kräftig aufgestockt werden soll – liefert den Demokraten eine argumentative Steilvorlage; eine dringend nötige Eindämmung des Ausgabenanstiegs, die der Präsident schon in seinen beiden Amtszeiten nicht erreicht hat, dürfte vor diesem Hintergrund wieder keine Aussicht auf Erfolg haben.

Die beiden letzten finanzpolitischen Amtshandlungen von George W. Bush könnten sich so als Geschenke nicht nur für die Wähler, sondern auch für den politischen Gegner entpuppen – und als Bärendienst für die amerikanische Volkswirtschaft.

Christiane Brück
brueck@hwwi.org